

**ADMINISTRATIVHAFT ABSCHAFFEN!**

JANUAR 2016

Sehr geehrter Herr Verteidigungsminister,

Informationen von Amnesty International und anderen Menschenrechtsorganisationen zufolge wendet der israelische Staat Gesetze und Verordnungen an („Military Order“ Nr. 1651 par. 284 to 294, das „Internment of Unlawful Combatants Law“, das „Emergency Powers (Detention) Law“), auf deren Grundlage Palästinenser, die in den von Israel besetzten Gebieten wohnen, unbegrenzt inhaftiert werden können. Es werden keine strafrechtlichen Anklagen erhoben, und für die Gefangenen besteht keine Aussicht auf ein Gerichtsverfahren, das international anerkannten Standards genügt. Bisher sind auf dieser Grundlage Tausende ohne Anklage oder Verfahren inhaftiert worden. Die Gefangenen verbringen Monate und zum Teil Jahre im Gefängnis, ohne dass sie wissen, wessen sie beschuldigt werden.

Der Statistik der palästinensischen Menschenrechtsorganisation Addameer zufolge waren allein im Dezember letzten Jahres 660 Menschen in Administrativhaft, darunter zwei Mitglieder des Palästinensischen Legislativrats. Häftlinge berichten immer wieder über Misshandlungen, ohne dass diese Vorwürfe ausreichend untersucht würden. Häufig wird den Familienangehörigen aus „Sicherheitsgründen“ verweigert, ihre inhaftierten Verwandten zu besuchen.

Mit der Praxis der Administrativhaft verstößt Israel gegen den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, Art. 9. Die Inhaftierung von Palästinensern aus den besetzten palästinensischen Gebieten in Haftanstalten auf israelischem Territorium verstößt außerdem gegen die IV. Genfer Konvention.

DESHALB FORDERN WIR:

- Heben Sie das Gesetz über die Internierung Unrechtmäßiger Kombattanten auf und setzen Sie die Absätze 284 bis 294 der Militärverordnung 1651, durch die eine Administrativhaft ermöglicht ist, außer Kraft
- Entlassen Sie alle Gefangenen aus der Administrativhaft, sofern sie nicht sofort wegen international als solcher anerkannter strafbarer Delikte beschuldigt werden und ein gerichtliches Verfahren erhalten, das den internationalen Standards für faire gerichtliche Prozesse entspricht
- Stellen Sie bei Beschwerden über Folter oder andere Misshandlungen an Gefangenen eine unverzügliche und effektive Untersuchung durch eine unabhängige und unparteiische Stelle sicher und ziehen Sie die Verantwortlichen in einem fairen Gerichtsverfahren zur Rechenschaft
- Stellen Sie sicher, dass Gefangene in Gefängnissen und Haftzentren in den besetzten palästinensischen Gebieten inhaftiert werden
- Gestatten Sie allen Gefangenen Familienbesuche und legen Sie im Zweifelsfall vorgetragene „Sicherheitsgründe“ für die Verweigerung einer Besuchserlaubnis offen

Hochachtungsvoll

NAME, VORNAME	ANSCHRIFT	UNTERSCHRIFT
1.		
2.		
3.		
4.		
5.		



AMNESTY
INTERNATIONAL

